

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Gerne darf ich Ihnen berichten, dass der FDP-Landesparteitag in Bad Homburg vom 21. . 22. Mai 2016 zu unserer großen Überraschung mit einer kleinen Änderung mit 148 zu 85 Stimmen unseren Antrag "EU-Konsolidierung vor Erweiterung" angenommen hat. Das war für uns ein völlig überraschender, kolossaler Erfolg, denn wir haben uns damit auch gegen den starken Frankfurter Kreisverband durchgesetzt. Wir waren ein tolles Team, haben uns gegenseitig unterstützt, sind mutig zum ersten Redebeitrag unseres Lebens nach vorgegangen. Und es haben uns andere Kreisverbände unterstützt. Leider, das konnten wir gut sehen, war der Landesvorstand bis auf wenige Ausnahmen "not amused". Vielleicht ist dies der Grund, weshalb auf der Internet-Berichterstattung vom Landesparteitag unser Antrag mit keinem Wort erwähnt wird. Ich bin gespannt, ob er sich in der EU-Politik an diese demokratische Vorgabe halten wird.

Des weiteren darf ich Ihnen noch zwei Meinungen zu Europa anbieten, erstens eine von Frank Schäffler

<http://prometheusinstitut.de/europa-hat-auch-seinen-wert/> und zweitens die Europa-Thesen von Christian Lindner, <https://www.liberales.de/content/ohne-grossbritannien-wuerde-sich-die-balance-verschieben>. Seine sechs Vorschläge für ein besseres Europa finden Sie am Ende des Artikels. Ich stimme beiden Liberalen

nicht in allem zu, der eine ist mir zu populistisch und übertrieben, der andere zu weich, vorsichtig und ungenau. Aber ich bin dennoch dankbar für diese ersten Anzeichen, dass wenigstens die Freien Demokraten es wagen, nicht alles unreflektiert hinzunehmen. Weiter so!

EU-Kommission

Kommission kämpft um Umsetzung von Energieaudits

Bis zum 5. Dezember 2015 hätten alle europäischen Unternehmen bis auf KMU ein Energieaudit oder ein vergleichbares Energiemanagementsystem einführen müssen. Nach Artikel 8 der Energieeffizienzrichtlinie wäre es die Pflicht der Mitgliedstaaten gewesen, dies sicherzustellen.

Eine aktuelle Studie im Auftrag der Kommission von Fraunhofer ISI und Ricardo Energy & Environment kommt nun zu diesem Ergebnis: Zwar konnten viele Länder, darunter Großbritannien, Frankreich und Schweden, auf dem Papier eine rechtliche Umsetzung nachweisen. Allerdings sei bis zum Studienabschluss vielerorts noch nicht behördlich geprüft worden, ob die EU-Vorschriften auch tatsächlich in den Unternehmen umgesetzt wurden. In Spanien, Belgien, Polen, Lettland, Litauen, Estland, Zypern und Luxemburg befand sich die Umsetzung bei Abschluss der Studie noch in vollem Gange. Das unterschiedliche Tempo bei der nationalen Implementierung führt insbesondere bei grenzüberschreitend



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

operierenden Unternehmen zu Rechtsunsicherheiten. Erschwerend hinzu kommt, dass die Richtlinie den Mitgliedstaaten recht viel Spielraum lässt. So schlagen sich zum Beispiel divergierende nationale Auffassungen darüber, wer, unabhängig von der EU-KMU-Definition, etwa aufgrund des Energieverbrauchs, zum Kreis der zu Auditierenden gehören sollte, in den nationalen Umsetzungsrechtsakten nieder.

EU verstärkt Engagement in der Arktis

Die Kommission hat eine Mitteilung mit dem Titel „Eine integrierte Politik der Europäischen Union für die Arktis“ veröffentlicht. Diese soll als Leitschnur für das Handeln der EU in der Arktis dienen. Die Mitteilung umfasst 39 Maßnahmen zur Verstärkung des Engagements der EU in der Polarregion. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Klimawandel, Umweltschutz, nachhaltiger Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit. Die Arktisforschung wird durch das Programm Horizont 2020 gegenwärtig mit rund 20 Mio. EUR pro Jahr finanziert.

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10101/2016/DE/10101-2016-21-DE-F1-1.PDF>

Europäisches Semester 2016: Frühjahrspaket mit länderspezifischen Empfehlungen; Sanktionen gegen ESP und PTL aufgeschoben

Die Kommission veröffentlichte am 18.05.2016 ihre länderspezifischen Empfehlungen für 2016, in denen sie darlegt, welche Wirtschaftspolitik die einzelnen Mitgliedstaaten in den kommenden 12 bis 18 Monaten verfolgen sollten. Diese Rahmen

vorgaben enthalten die wichtigsten Reformen, die die Mitgliedstaaten zusätzlich zu den bereits auf europäischer Ebene vereinbarten und ergriffenen Maßnahmen einleiten sollten, um die Investitionstätigkeit zu beleben, Strukturreformen durchzuführen und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzubringen.

In Bezug auf DEU empfiehlt die Kommission insbesondere: (1) Stärkung öffentlicher Investitionen, insbes. in Infrastruktur, Forschung und Technologie unter Nutzung fiskalischer Spielräume; Verbesserung der Gestaltung der föderalen Finanzbeziehungen mit Blick auf angeblich unzureichende öffentliche Investitionen vor allem auf kommunaler Ebene. (2) Verbesserung der Effizienz des Steuersystems und Steigerung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. (3) Reduzierung der Steuern für Niedriglohnbezieher, mehr Anreize für späteren Renteneintritt sowie eine Erleichterung des Übergangs von Mini-Jobs in reguläre Beschäftigung. In Bezug auf ESP und PTL empfiehlt die Kommission dem Rat, diesen Ländern eine dauerhafte Korrektur des übermäßigen Defizits in den Jahren 2016 bzw. 2017 zu empfehlen. Zu diesem Zweck sollten die erforderlichen strukturellen Maßnahmen ergriffen und unerwartete Mehreinnahmen für den Defizit- und Schuldenabbau eingesetzt werden. Im Einklang mit ihrer Verpflichtung zur Überwachung der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nach Artikel 126 des Vertrags wird die Kommission die Situation dieser beiden Mitgliedstaaten Anfang Juli erneut überprüfen. ESP und PTL erhalten ein weiteres Jahr, um das Defizitziel von



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

3% zu erreichen (PTL in 2016, ESP in 2017). Die Kommission schlägt aber härtere Auflagen vor.

http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/country-specific-recommendations/index_en.htm

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2016/csr2016_germany_de.pdf

EU-Kommission genehmigt deutsche Braunkohlereserve: Umweltvorteile über-treffen mögliche Wettbewerbsverzerrungen

Die EU-Kommission hat am 27. Mai Beihilfen im Umfang von 1,6 Milliarden Euro für die schrittweise Stilllegung von acht deutschen Braun-kohlekraftwerksblöcken genehmigt: Die Maßnahme helfe Deutschland, sein Klimaziel zu erreichen, ohne den Wettbewerb im Strombinnenmarkt übermäßig zu verfälschen.

Gegenstand der sogenannten Sicherheitsbereitschaft sind Braunkohle-blöcke von RWE, Vattenfall und MIBRAG mit einer Gesamtleistung von 2,7 Gigawatt. Sie werden ab 2016 schrittweise aus dem Markt genommen und zunächst vorläufig, später endgültig stillgelegt. Für die Sicherheitsbereitschaft und Stilllegung erhalten die Betreiber einen Ausgleich. Dafür fallen sieben Jahre lang rund 230 Millionen Euro jährlich an.

Paket zur Modernisierung des europäischen Normungssystems

Die Kommission hat am 01.06.2016 ein umfangreiches Normungspaket veröffentlicht. Es handelt sich dabei um eine Mitteilung mit dem Titel 'europäische Normungsstan-

dards für das 21. Jahrhundert'. In der Mitteilung legt die Kommission ihre Vision eines einheitlichen und effizienten europäischen Normungssystems (ESS) dar, das sich aus Sicht der Kommission an das im Wandel begriffene Umfeld anpasst, verschiedenste politische Strategien unterstützt und Unternehmen, Verbrauchern und Beschäftigten gleichermaßen Vorteile verschafft. In der Mitteilung wird zudem die Gemeinsame Normungsinitiative als direktes Ergebnis der Binnenmarktstrategie in einen Kontext eingebettet. In Zusammenarbeit mit europäischen Protagonisten aus Wirtschaft und Industrie und weiteren fachbezogene Organisationen sollen im Rahmen der Gemeinsamen Normungsinitiative (GNI) entsprechende Modernisierungs- und Priorisierungsschritte auf den Weg gebracht werden. Hintergrund der Initiative ist es, mit der Modernisierung der Normungspolitik Produktionskosten zu reduzieren, Innovationen voranzutreiben, die Interaktion zwischen verschiedenen Systemen zu gewährleisten und Unternehmen einen einfacheren und profitableren Zugang zum Markt zu ermöglichen. Langfristig sollen die Festlegung der ESS und die Schaffung der GNI dazu beitragen, dass der europäische Markt seine Innovationsfähigkeit wahren kann.

<http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/16980>

Kommission kritisiert im 3. Bericht zur Umsiedlung und Neuansiedlung von Flüchtlingen schleppende Umsetzung von Beschlüssen

Die Kommission hat am 18.05.2016 einen dritten Fortschrittsbericht zum Stand der



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Umsiedlung und Neuansiedlung von Flüchtlingen in der EU vorgelegt. Im Bereich der Umsiedlung wurden demnach auf die beschlossenen 160.000 Umsiedlungsplätze bislang nur 1.500 schutzbedürftige Personen umverteilt, 591 aus Italien und 909 aus Griechenland. Die Kommission hatte ursprünglich gefordert, bis Mitte Mai die Umverteilung von 20.000 Personen abzuschließen. Im Bereich der Neuansiedlung sind laut Kommission von den 22.504 schutzbedürftigen Personen aus dem Nahen Osten und Afrika, auf deren Neuansiedlung sich die Mitgliedstaaten im Juli 2015 geeinigt hatten, bislang lediglich 6.321 Personen aufgenommen worden. Im Rahmen des in der EU-Türkei-Vereinbarung vom 18.03.2016 beschlossenen „1:1-Mechanismus“ der vorsieht, für jeden syrischen Staatsangehörigen, der von den griechischen Inseln rückübernommen wurde, einen anderen Syrer direkt aus der Türkei in der EU neu anzusiedeln, wurden insgesamt 177 Personen neu angesiedelt, davon 98 im Berichtszeitraum. Bis Juli 2016 erwartet die Kommission die Inanspruchnahme von knapp 1.900 der insgesamt 12.200 zugesagten Plätze. Als Konsequenz aus der schleppenden Umsetzung der Umsiedlungs- und Neuansiedlungsbeschlüsse fordert die Kommission die Mitgliedstaaten in dem Bericht dazu auf, die Aufnahmekapazitäten zu erweitern und die Antragsbearbeitung zu beschleunigen. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten zu deutlich mehr Engagement auf, damit Migranten mangels Alternativen nicht zu illegalen Fluchtrouten zurückkehrten. Die Mitgliedstaaten müssten mehr tun, um die Kontrolle

über Migrationsströme zu erhalten und zu stabilisieren. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1763_de.htm

Europäischer Gerichtshof

Erneuerbaren Energien Gesetz aus 2012 umfasst staatliche Beihilfen

Das EuG bestätigte mit Urteil vom 10.05.2016, dass das deutsche Gesetz von 2012 über erneuerbare Energien (EEG 2012) staatliche Beihilfen umfasste. In diesem Rechtsstreit wendet sich DEU gegen die Feststellung der Kommission, dass das Gesetz von 2012 über erneuerbare Energien staatliche Beihilfen umfasste, auch wenn die Kommission diese Beihilfen letztlich größtenteils billigte. Das EuG kam zudem zu der Auffassung, dass die Verringerung der EEG-Umlage den stromintensiven Unternehmen einen Vorteil im Sinne der Unionsvorschriften über staatliche Beihilfen verschaffte. Sie befreie diese Unternehmen nämlich von einer Belastung, die sie normalerweise hätten tragen müssen. Die Bundesregierung wird prüfen, ob sie ein Rechtsmittel einlegt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-05/cp160049en.pdf>

Kopftuchverbot europarechtlich zulässig

Am 31.05.2016 veröffentlichte die Generalanwältin Kokott ihre Schlussanträge in der Rs. C-157/15 (sAchbita), nach denen Kopftuchverbote europarechtlich grundsätzlich zulässig sind. Das höchste belgische Gericht hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob dieses mit der Antidiskriminierungsricht



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

linie 2000/78/EG vereinbar ist. Es liegt nach Ansicht der Generalanwältin zwar eine mittelbare Diskriminierung vor, auch wenn das Verbot für alle sichtbaren religiösen Zeichen am Arbeitsplatz gelte. Dieses sei aber grundsätzlich gerechtfertigt durch das legitime Ziel der Einhaltung besonderer beruflicher Anforderungen. Das Verbot des Zeichens sichtbarer religiöser Zeichen muss allerdings allgemein gelten und verhältnismäßig sein.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=179082&pagelndex>

Eurostat

Strompreise für Haushalte steigen, Gaspreise sinken

In der EU stiegen die Strompreise für Haushalte zwischen dem zweiten Halbjahr 2014 und dem zweiten Halbjahr 2015 um durchschnittlich 2,4%, damit sind die Strompreise in der EU seit 2008 um 33% gestiegen. Die Gaspreise sanken im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 1,7% und stiegen damit seit 2008 insgesamt um 14%. Die durchschnittlichen Strompreise für Haushalte im zweiten Halbjahr 2014 waren in BUL und HUN (jeweils 9,6 bzw. 11,5 EUR pro 100 kWh) am günstigsten, in DNK und DEU (30,4 bzw. 29,5 EUR pro 100 kWh) am höchsten. Der durchschnittliche Strompreis in der EU lag bei 21,1 EUR pro 100 kWh. Im Durchschnitt besteht ein Drittel (33%) des Strompreises in der EU aus Steuern und Abgaben, in DNK liegt dieser Wert bei 69%, in DEU bei 52% und in MTA

und GBR bei lediglich 5%. Der stärkste Rückgang der Gaspreise ließ sich in EST (-22,3%) und der größte Anstieg ließ sich in ROM (+7,2%) verzeichnen. Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gaspreis war in

DNK (57%) am höchsten und in BUL, CZR, IRL, LIT und SLK mit je 17% am niedrigsten.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7405559/8-27052016-AP-DE.pdf/d6ae5ed6-522a-45cb-8c6e-21c064b0ba1b>

Europäisches Parlament

Zustimmung zu europäischem Grenz- und Küstenschutz

Der EP-Ausschuss Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 30.05.2016 einen Bericht zum Vorschlag der Kommission zur Schaffung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzes (vgl. BaB 23/2015) verabschiedet. Der Ausschuss möchte den Verordnungsvorschlag der Kommission v.a. in zwei Punkten ändern: So soll die Kommission nicht ermächtigt sein, ein schnelles Eingreifteam zur Grenzsicherung in einem Mitgliedstaat (MS) einzusetzen, wenn dieser seinen Pflichten zur Grenzsicherung nicht nachkommt. Dazu soll es nach dem Willen der Abgeordneten vielmehr eines Beschlusses des Rates mit qualifizierter Mehrheit bedürfen. Außerdem will der Ausschuss der neuen Grenzschutzagentur die Rückführung von Drittstaatsangehörigen untersagen, sofern den Betroffenen in dem Drittstaat Grundrechtsverlet



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

zungen drohen. Im Grundsatz ist das EP aber damit einverstanden, dass die neue Agentur eine stärkere Rolle bei Rückführungen spielen soll. Bereits am 31.05.2016 hat der Trilog mit Rat und Kommission begonnen, um das Gesetzgebungsverfahren noch vor der Sommerpause abzuschließen. Der Rat hatte seine Verhandlungsposition bereits auf Botschaferebene am 06.04.2016 festgelegt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20160530IPR29683&language=EN&format=XML>

Europäischer Rat

Rat der Bildungsminister

Auf dem Bildungsministerrat am 30.05.2016 stand die Orientierungsaussprache zur Modernisierungsagenda für Hochschulbildung in Europa im Vordergrund. Die niederländische Ratspräsidentschaft hatte für die Debatte in einem Diskussionspapier drei Aussagen übermittelt, die diskutiert werden sollten: die Verbesserung der arbeitsmarktrelevanten Hochschulbildung, die Förderung kritischen Denkens sowie die sich verändernde Rolle der Lehrenden. Die Mitgliedstaaten stellten in der Debatte auf die Bedeutung von praktischen Fertigkeiten in den Lehrplänen sowie auf die Erforderlichkeit einer Einbindung der Wirtschaft in die Erstellung von Lehrplänen ab. Deutschland betonte, dass der Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft für die arbeitsmarktrelevanz der Hochschulbildung eine hohe Bedeutung zukomme, diesbe-

züglich seien neben den Fachhochschulstudiengängen insbesondere die dualen Studiengänge in Deutschland zu nennen. Bezüglich der sich verändernden Rolle von Lehrenden wies Deutschland auf die Praxis der Verleihung von Lehrpreisen zur Anerkennung exzellenter Lehre hin sowie auf die Bedeutung des Erasmus+ Programms für die Mobilität von Lehrenden. Der Bildungsministerrat nahm zudem Ratschlussfolgerungen zur Förderung von Medienkompetenz und kritischem Denken durch Bildung an. Die Kommission berichtete über den Stand der sogenannten Agenda für neue Kompetenzen, die im Juni verabschiedet werde.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9068-2016-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8635-2016-REV-1/de/pdf>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

